Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, ...den & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt.

...zugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 7,00 M., durch die Post ...gegen vierteljährlich 21,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 10,00 M. Einzelnummer 40 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 3,00 M., Familienanzeigen 2,50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 10,50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 40 Pf.

Nr. 302 | Dresden, Donnerstag den 29. Dezember 1921 | 32. Jahrg.

Rathenau in Paris

Berlin, 29. Dezember. Die Telegraphenunion ergänzt ...e Meldung der Agentur Havas, wonach außer Staatssekre... Fischer auch Dr. Rathenau in Paris erwartet wird, ...hin, daß Rathenau im Laufe des Nachmittags die Reise ...ch Paris angetreten hat.

Der Deutschen Allgemeinen Zeitung zufolge ist die ...ise auf eine Aufforderung von maßgebender ...ntenteseite erfolgt. Zweifellos steht die Reise im ...sammenhang mit den Verhandlungen, die heute nachmittag ... Paris zwischen der Reparatio...kommission und der deut...en Kriegslastenkommission beginnen sollen.

Berlin, 29. Dezember. Während sich Staatssekretär ...ischer als offizieller Vertreter der deutschen Regierung ... der französischen Hauptstadt aufhält, trägt Rathenaus ...such inoffiziellen Charakter. Man nimmt deshalb in hiesi...n unterrichteten Kreisen an, daß Rathenau nicht an den ...fiziellen Beratungen zwischen dem Staatssekretär Fischer ...d der Reparationskommission teilnehmen wird. Jedoch ...rd Rathenau mit der Reparationskommission in ständiger ...hlung bleiben. Man ist der Ansicht, daß von deutscher ...ite im Januar bei bestem Willen nicht mehr als 200 ...illionen Goldmark gezahlt werden können.

•

Keine deutschen Verfehlungen

Berlin, 28. Dezember. Französische Blätter teilen mit, daß ... die Reparationskommission mit dem angeblichen Verzug Deutsch...ds in der Kokslieferung zu beschäftigen habe. (Nach andern ...dungen hat sich die Kommission noch nicht damit befaßt.) Die ...elmäßige Lieferung von 15 000 Tonnen täglich sei seit dem ... Dezember d. J. auf 2000 bis 10 000 Tonnen zurückgegangen. Die ...teilung spricht von einer dritten Verfehlung Deutschlands, die ...durch festgestellt werde. Die erste Verfehlung datiere vom ...ni 1920 vor der Konferenz von Spa. Die zweite gehe auf den ...rz 1921 zurück, als die deutsche Regierung die erste Milliarde ...ldmark, die auf Grund des Versailler Vertrages als Abschlags...lung auf die Summe von 12 Milliarden verlangt wurde, nicht ...ahlt habe. Echo de Paris fügte dieser Meldung hinzu, es sei ...ebracht, am Vorabend der Konferenz von Cannes den schlechten ...llen Deutschlands nochmals feierlich festzustellen.

Von unterrichteter Seite wird hierzu folgendes bemerkt: ... Verfolg des Ende November einsetzenden starken Frostes ...ten bekanntlich erhebliche Störungen in der Wagen...stellung im Ruhrrevier ein, die zu einem ungewöhnlichen ...achsen der Haldenbestände und außerordentlichen Erschwerungen ... laufenden Kohlenversorgung auch des Inlandes führten. Hiermit hängen auch die trotz dem Weihnachtsverkehr in einigen Bezirken getroffenen Einschränkungen des Personenverkehrs zusammen. Eine Rückwirkung dieser lediglich durch höhere Gewalt herbeigeführten Verhältnisse auf die Pflichtkohlenlieferungen an die Alliierten konnte nicht ausbleiben. Die tatsächlichen Kokslieferungen seit dem 15. Dezember erreichten jedoch fast 12 000 Tonnen neben rund 80 000 Tonnen Kohlen täglich.

Die zuständigen Reichsministerien haben sofort eingegriffen. Die geforderten Maßnahmen, Zurückstellung andrer Lieferungen auf die Gefahr von Arbeitseinstellungen in der heimischen Industrie, Gestellung von Trankportmitteln, Feiertagsarbeit usw. hatten nach den vorliegenden Meldungen den Erfolg, daß das Liefersoll an Koks durchschnittlich am 25., 26. und 27. Dezember voll erreicht wurde. Am 27. Dezember wurden nicht weniger als 43 792 Tonnen Koks verladen. Die Reparationskommission wurde durch die deutsche Kriegslastenkommission über die Bemühungen der deutschen Regierung, die vorliegenden Schwierigkeiten zu überwinden, fortlaufend unterrichtet.

Es wird überdies Gelegenheit sein, bei den für den 3. Januar nächsten Jahres in Aussicht genommenen Verhandlungen über die weiteren Lieferprogramme und über die Ausfuhrfrage etwa von der Reparationskommission noch gewünschte Aufklärungen zu geben. Die Versuche, eine vernünftige Lösung der Reparationsfrage, um die sich gegenwärtig alle beteiligten Mächte bemühen, nach dem Vorbilde von Spa durch Schaffung von Schwierigkeiten in der Kohlenfrage zu stören, dürften daher erfolglos bleiben.

Von Deutschland sind auch die beiden ersten angeblichen Verfehlungen niemals anerkannt worden. Von einer dritten Verfehlung kann somit weder sachlich noch formell die Rede sein.

•

Sicherstellung der Entente-Kohlenlieferungen

Berlin, 29. Dezember. Am Mittwoch wurde eine Kabinettssitzung einberufen, in der die Frage erörtert wurde, wie man die Kohlenzüge für die Entente sicherstellen könne, um Weiterungen zu vermeiden.

•

Umbau der Deutschen Werke?

Paris, 29. Dezember. Die Botschafterkonferenz beschäftigte sich am Mittwoch mit der Frage der Deutschen Werke. Bis jetzt ist der Presse kein Communiqué zugegangen. Es verlautet, daß die Entente nicht auf der Niederlegung der Deutschen Werke besteht, sondern dem Vorschlage des Generals Nollet entsprechend dem Umbau der Werke unter der Voraussetzung gewisser Garantien genehmigt.

Englisch-amerikanische Beratungen

Die französischen Zeitungen weisen mit besonderem Nach...uck darauf hin, daß sich in der Begleitung Lloyd Georges ... Cannes Winston Churchill befindet, der ein überzeugter ...hänger der Zusammenarbeit Englands, Frank...eichs und Deutschlands auf wirtschaftlichem ...ebiete sei. Es soll Churchill gelungen sein, einige Mit...lieder des englischen Kabinetts, in erster Linie Lloyd ...eorge selbst für seinen Plan zu gewinnen. Einige Blätter ...behaupten sogar, daß bereits deutsche Vertreter in Cannes seien, ...n Lloyd George zu beeinflussen. Dies erscheint jedoch nicht ...on so großer Bedeutung, da Lloyd George durch die Londoner ...esprechungen mit Rathenau u. a. genügend über die ...eutschen Wünsche unterrichtet sein dürfte.

Wichtiger ist es, daß Lloyd George vor der Konferenz ...it amerikanischer Seite Fühlung nehmen wird: Der ...merikanische Delegierte Colonel Harvey trifft bereits ...eute in Cannes ein. Wie weit das Zusammengehen Eng...ands und Nordamerikas bereits gediehen ist, weiß man nicht. Das Verhalten beider Staaten in Washington läßt auf ein ...emlich weitgehendes Uebereinkommen schließen. Davon, d. h. ...on dem Rückhalt, den Lloyd George bei den Vereinigten ...Staaten hat, hängt es aber in erster Linie ab, wie weit er ...en englischen Forderungen und Wünschen bei den Beratungen ... Cannes Nachdruck verleihen kann.

Auf der Tagesordnung der Konferenz stehen nur zwei ...unkte: Die Reparationsfrage und die Einberufung ...iner internationalen Konferenz. Danach wäre ...Cannes nur als Vorkonferenz zu betrachten, der eine allge...meine Konferenz für den Wiederaufbau Europas folgen würde. Das Gleiche deuten die Meldungen aus Paris an, nach denen ...oucheur die Beratungen der Sachverständigen für den wirt...schaftlichen Wiederaufbau Europas auf den 20. Januar ange...setzt hat. An diesen Beratungen sollen Frankreich, England, Belgien und Italien teilnehmen.

Auch der belgische Ministerrat hat sich im Hinblick auf die Cannes-Konferenz mit der Frage der Reparation ausführlich beschäftigt. Hymans, der mit einer Untersuchung der Reparationsfrage beauftragt worden war, erklärte, daß das belgische Prioritätsrecht noch immer unanfechtbar sei.

Der französische Kuhhandel

Unsre Vermutung, daß Frankreich seine militärischen Forderungen in Washington benutzt, um durch einen Verzicht auf diese Forderungen anderweitige Vorteile, am liebsten einen Atlantik- und Europavertrag herauszuschlagen, wird durch eine nichtamtliche Meldung der Associated Preß aus Washington bestätigt.

Nach einer andern Meldung, will sich Frankreich den englischen Wünschen in der U-Bootfrage fügen, wenn England als Gegenleistung einem englisch-französischen Abkommen zustimmt über dauernde Entmilitarisierung der Rheinlande. Ein Abkommen, das auch von deutscher Seite bestätigt werden müßte.

Sollte es England nicht gelingen, auf der Konferenz eine Einigung über die U-Bootfrage zu erzielen, so will es wenigstens versuchen, Baufeierjahre auch für U-Boote einzuführen.

•

Vereitelter Attentatsplan in Washington

Washington, 28. Dezember. Die Polizei ist einem Attentat gegen die Führer der chinesischen Delegation Dr. Sze und Dr. Koo auf die Spur gekommen. Fünf chinesische Studenten wurden verhaftet. — In der Hafenstadt Söül wurde eine Abordnung der koreanischen republikanischen Partei vor ihrer geheimgehaltenen Abreise nach Washington verhaftet.

Der Verlust Oedenburgs

Paris, 28. Dezember. Die Botschafterkonferenz beschäftigte sich mit der Frage der Volksabstimmung in Oedenburg. Sie billigte den Vorschlag des Ausschusses der Generale betr. die Uebergabe des Gebiets an Ungarn am 1. Januar.

Der Aufruhr in Aegypten

London, 28. Dezember. Reuter berichtet über die Lage in Aegypten: In Suez ist bekanntgegeben worden, daß Flugzeuge auf Ansammlungen Rauchbomben werfen würden. Wenn die Leute sich dann nicht zerstreuten, würden die Flugzeuge Granaten abwerfen und mit Maschinengewehren feuern. Der Postdienst ist wegen der gegenwärtigen Lage auf Kairo beschränkt worden. Die Egyptian Gazette und das Blatt Istiqlal sind verboten worden. Der Unterrichtsminister hat alle Regierungsschulen geschlossen.

London, 29. Dezember. An verschiedenen Orten Nordägyptens wurden die Eisenbahnen von den Nationalisten abgeschnitten. In Kairo wurden die Straßenbahnen zerstört. Es verlautet, daß Saglul Pascha auf Ceylon interniert werden soll.

Die Gärung unter den Eisenbahnern

Das ultimative Vorgehen der Eisenbahner im Westen konnte nur möglich werden durch das zögernde Verhalten des Reichsfinanz- und des Reichsverkehrsministers. Schon vor Weihnachten und erst in den allerletzten Tagen sind die maßgebenden Regierungsinstanzen wiederholt auf die erregte Stimmung, die unter den Eisenbahnern im Westen vorherrscht, von den Organisationen aufmerksam gemacht worden. Alle Hinweise wurden jedoch übergangen mit der Absicht, die Gefahren an sich herankommen zu lassen und erst dann Pläne zu hegen, nachdem man wieder einmal durch Schaden klug geworden war. Die Erregung der Eisenbahner wurde hauptsächlich durch das Schreiben des Reichsfinanzministers Hermes an den Deutschen Beamtenbund hervorgerufen. Hermes erlaubte sich nicht nur, Forderungen, über die jede Organisation mit sich hätte reden lassen, sondern auch Verhandlungen glatt abzulehnen. Auch das neue Ortsklassenverzeichnis, das einem Teil der höheren Beamten die Auszahlung nicht zu unterschätzender Beträge verschaffte, die mittleren Beamten und Arbeiter dagegen leer ausgehen ließ, und die Kenderung der Einkommensteuer, die einem gewissen Teile der Beamten gleichfalls Vorteile gibt, haben zu der Erregung beigetragen. Pflicht insbesondere des Reichsfinanzministers wäre es gewesen, der Stimmung soweit wie möglich Rechnung zu tragen, und hierzu war das Finanzministerium um so mehr in der Lage, als die vorläufigen Wünsche der Eisenbahnerorganisationen dahingingen, die Vorauszahlung eines bestimmten Teiles des Januar-Gehaltes bzw. der Löhne auf die Ortsklassen C, D, E ohne weiteres auszudehnen. Aber auch das wurde von den reaktionären Geheimräten in den in Frage kommenden Ministerien vereitelt, wie diese Geheimräte allem Anschein nach dem Finanzminister überhaupt auf der Nase herumtanzen.

Während so die Ruhe und Ordnung auch im Westen ohne Etatsbelastung aufrechtzuerhalten gewesen wäre, trägt jetzt das Deutsche Reich abermals bestimmte Kosten für die Lehren, die der Reichsfinanzminister machen mußte. Schon haben sich die Teilstreiks im Westen ausgedehnt; die Strecke Elberfeld—Düsseldorf wurde am Mittwoch bereits gänzlich stillgelegt, wodurch dem Reiche hohe Einnahmen verloren gehen. Hinzukommt, daß die Kohlenförderung, die gerade im Augenblick so dringlich notwendig erscheint, unterbunden wird und unser Wirtschaftsleben durch den bis jetzt erfolgten Ausstand immerhin beträchtliche Stockungen erleidet.

Noch ist der endgültige Streik nicht durchgeführt, da die Beschlußfassung über die Durchführung eines Streiks im ganzen Westen auf Freitag vertagt worden ist. Es ist anzunehmen, daß bis dahin eine Verständigungsmöglichkeit gefunden wird und neue Gefahren abgewendet werden. Das aber rechtfertigt keineswegs die Haltung der Reichsregierung, und wir müssen schon verlangen, daß die maßgebenden Ressortminister in Zukunft mehr Weitblick als bisher für die tatsächlichen Verhältnisse besitzen und entsprechend handeln.

Die rechtsgerichtete Presse, die sich bisher noch immer als gutes Sprachrohr des Herrn Hermes bewährt hat, sucht die Streikdrohung der Eisenbahner im Westen auf Machenschaften des Hauptvorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes zurückzuführen. Als Begründung hierfür wird angegeben, daß sich der zweite Vorsitzende des Deutschen Eisenbahnerverbandes im Direktionsbezirk Elberfeld aufhält. Diese Behauptungen der reaktionären Presse stammen zweifellos aus der allernächsten Nähe des Herrn Hermes und haben den Zweck, die Oeffentlichkeit gegen die Eisenbahner auszuspielen. Wir stellen deshalb fest, daß der Deutsche Eisenbahnerverband nie daran gedacht hat, den Streik zu inszenieren, sondern daß die ultimative Forderung der Eisenbahner im Westen durch die Not hervorgerufen wurde und dem Willen des übergroßen Teiles der Eisenbahnarbeiter entspricht. Bisher hat der Deutsche Eisenbahnerverband alles getan, um eine Verständigung herbeizuführen und so den Streik zu verhindern. Die Mitglieder des Hauptvorstandes, die sich zur Zeit im Westen aufhalten, sind gleichfalls angewiesen, entsprechend zu handeln, jedoch die Führung zu übernehmen, falls der Streik ausbricht. Mehrfach hat die Leitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes diese Auffassung dem Reichsfinanz- und Reichsverkehrsminister unterbreitet und noch am Mittwoch nachmittag versucht, eine Verständigung herbeizuführen. Wie man angesichts dieser Tatsachen von einer Inszenierung des Streiks durch den Deutschen Eisenbahnerverband reden kann, erscheint uns höchst sonderbar. Was bezwecken die Machenschaften des Herrn Hermes?

Die Verhandlungen über die Neuregelung der Lohn- und Gehaltsverhältnisse der Beamten, Angestellten und Arbeiter beginnen, wie bereits gemeldet, erst Anfang Januar. Die in diesen Tagen zwischen dem Reichsfinanz- und dem Reichsverkehrsminister sowie den Eisenbahnerorganisationen geführten Beratungen beschäftigten sich speziell mit der Frage, wie die Löhne der Eisenbahnarbeiter in bestimmten Teilen des Reiches den wesentlich höheren Bezügen der Arbeiter in der Privatindustrie nähergebracht werden können. Das Finanzministerium bestritten keineswegs die Notwendigkeit einer entsprechenden Regelung, lehnten es aber selbst am Mittwoch noch ab, generelle Zugeständnisse zu machen.

Auf Grund dessen beschäftigte sich die Reichsregierung in einer Kabinettssitzung mit der Angelegenheit. In bezug auf die Arbeitsniederlegung der Eisenbahnarbeiter in einzelnen Bezirken des rheinisch-westfälischen Industriegebietes hat sich das Kabinett auf den Standpunkt gestellt, daß die

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19211229/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG